

# KMU WAHLCHECK

des Europaverbandes der Selbständigen -  
Deutschland e.V. zur Bundestagswahl

# 2021



## DIE PARTEIEN AUF DEM PRÜFSTAND:

Wer ist am ehesten auf der Seite der  
kleinen und mittelständischen Unternehmen?

[www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)



Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.  
Confédération Européenne Des Indépendants - C.E.D.I.



## Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe ESD-Mitglieder,

**Wenn am 26. September 2021 die Deutschen ihren neuen Bundestag wählen dürfen, dann sind auch die ca. 2,5 Millionen Kleinen und Mittleren Unternehmer dazu aufgerufen ihre Stimme abzugeben. Zusammen mit ihren Beschäftigten stellen sie eine Macht in der Republik dar. Denn mindestens ein Drittel der 60 Millionen Wahlberechtigten verdient seine Brötchen bei den KMUs oder sind selbst als Kleinstunternehmer, Freelancer oder Selbständige beruflich unterwegs.**

**Der Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V. hat wie stets vor Bundestagswahlen Wahlprüfsteine entwickelt, um den großen demokratischen Parteien auf den Zahn zu fühlen. Was wollen Sie für die KMUs tun, so lautet die Frage des ESD an die deutsche Politik.**

**Eine spannende Frage in einer der spannendsten Wahlen der deutschen Nachkriegsgeschichte.**

### **Die Merkel-Ära geht zu Ende**

Wenn am 26. September 2021 die Deutschen zur Bundestagswahl aufgerufen sind, dann werden es fast genau 16 Jahre sein, in denen die erste Frau im Kanzleramt das Schicksal der Republik maßgeblich mitgestaltete.



Noch länger dauerte ihre Amtszeit als CDU Vorsitzende. Ganze 18 Jahre führte sie die Partei. Die einst als „Kohls Mädchen“ verspottete, in der DDR aufgewachsene gebürtige Hamburgerin brach alle Amtszeitrekorde. Weder Adenauer noch ihr Ziehvater Helmut Kohl konnten sich so lange Zeit an der Macht halten, wie die Doktorin der Physik Angela Merkel. Merkels Abgang macht die Bundestagswahl zusätzlich spannend. Zum ersten Mal seit Gründung der Republik tritt eine Regierungspartei ohne den Kanzlerbonus an. Nur zweimal wurden amtierende Kanzler abgewählt: Kurt Georg Kiesinger 1969 und der „ewige“ Kanzler Kohl im Jahre 1998. Apropos Kohl: Angela Merkel war nicht nur länger im Amt als ihr politischer Ziehvater, sie erkannte auch die Zeichen der Zeit.

Der Generationenwechsel in der CDU kommt. Spätestens nach der Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers wird Merkel das Berliner Kanzleramt verlassen. Und zwar freiwillig.

### **Die Nachfolger scharren mit den Hufen**

Ob Armin Laschet (CDU), Olaf Scholz (SPD) oder Annalena Baerbock (Bündnis90/Die Grünen) Angela Merkel beerben werden, entscheidet die Wähler nur indirekt. Wer Kanzlerin oder Kanzler wird, hängt vom Wahlergebnis der Parteien ab. Ihre gewählten Bundestagsabgeordneten wählen später den Regierungschef. Dabei kommt es auf die sogenannte Kanzlermehrheit an, die sehr wahrscheinlich durch die Bildung einer Koalition zustande kommen muss. Die für die Kanzlerschaft nominierten sind im Wahlkampf allerdings die Zugpferde ihrer Parteien. Sie scharren mit den Hufen.

### **Armin Laschet, CDU**

Armin Laschet, amtierender NRW-Ministerpräsident, musste sich zunächst gegen Friedrich Merz und dann gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) durchsetzen. Letzteres brachte die beiden Schwesterparteien CDU und CSU nicht nur in einen handfesten Konflikt, sondern auch in eine Aufspaltung in ein Laschet- und ein Söderlager. Der Streit konnte nur mühsam zu-

gunsten von Laschet beendet werden, beigelegt ist er aber vermutlich nicht. Söder zog sich grollend nach Bayern zurück, Laschet zog in den Wahlkampf.



Dort präsentierte er sich eher unverbindlich. Als typischer Generalist steht er kaum für Veränderungen. Laschet fährt auf Sicht und setzt vor allem auf Sicherheit. Aber er steht auch für ungeahnte Peinlichkeiten. Sein unwürdiger Auftritt während der Hochwasserkatastrophe an Erft und Ahr, als er live zur falschen Zeit, am falschen Ort, die rheinische Frohnatur gab, wird den Opfern und den Wählerinnen und Wähler wohl unvergessen bleiben.

### **Olaf Scholz, SPD**

Der frühere Hamburger Bürgermeister und jetzige amtierende Finanzminister der Großen Koalition ist sicherlich der fachlich kompetenteste Bewerber um das dritthöchste Regierungsamt im Staate.

Gleichzeitig hat er aber auch die schwierigste Ausgangslage. Sozialdemokratische Akzente auf dem Feld der Finanzpolitik zu setzen ist kein leichtes Unterfangen. Hinzu kommt, dass Scholz in seiner Funktion als Finanzaufsicht in die Skandale um Cum-Ex und Wirecard verwickelt ist. Das mediale Echo belastet den Scholz-Wahlkampf erheblich. Immerhin hat er der einzige der Kanzlerkandidaten, der nicht auch gleichzeitig Parteivorsitzender ist, es schafft, die im Volk als notorische Quengler

verschriene Parteispitze Esken/Borjans im Wahlkampf verstummen zu lassen. Das mag mancher als Erfolg feiern.

Irgendwie wirkt der Scholz'sche Wahlkampf so, als wollte er seine sozialdemokratische Mitgliedschaft – gelinde gesagt – nicht überbetonen.



Das erinnert ein bißchen an Rumpelstilzchen, nicht aber an die Handschrift der großen sozialdemokratischen Kanzlerfiguren früherer Jahrzehnte.

#### **Annalena Baerbock, Bündnis90/Die Grünen**

Der Start war märchenhaft. Der im Volke beliebtere Prinz Robert (Habeck) verzichtet huldvoll zugunsten von Annalena auf die Kandidatur. Während sich Laschet und Söder ihre Männerfreundschaft heftig um die Ohren schlugen, inszenierten sich die zur Volkspartei aufgestiegenen Grünen als Lifestyler, Modernisierer und als Partei der Gleichberechtigung. Annalena Baerbock stieg zur ernsthaften Konkurrentin um das Kanzleramt auf. Der Hype um die energische und selbstbewusste Grüne fand jedoch ein jähes Ende, als sich Plagiatssucher und konservative Lebenslaufforscher der Grünen Kanzlerkandidatin annahmen. Im Lebenslauf wurden Lücken und Ungenauigkeiten entdeckt, das von ihr verfasste Buch wies Stellen auf, die wohl abgeschrieben waren. Während die Verkaufszahlen des Baerbock-Buches wegen der unerwünschten Werbung vermutlich nach oben gingen, stürzte die Kandidatin



in den Umfragen ab. Ob sie jedoch, welches Wort in diesem Zusammenhang, schon abgeschrieben ist, das werden die kommenden Wochen zeigen.

#### **Die anderen Parteien und die Koalitionsfrage**

Ohne Ambitionen auf das Kanzleramt treten die beiden anderen demokratischen Parteien an. Nicht aber ohne den Anspruch in Berlin mitzuregieren. Die Freien Demokraten, ebenso wie die Linkspartei wollen nach den Wahlen prüfen, ob und mit wem sie gegebenenfalls das Land regieren könnten. Für beide jedoch leichter gesagt als getan. Der FDP hängt immer noch die seltsame Regierungsverweigerung nach der letzten Bundestagswahl nach. Damaliger O-Ton des Parteichefs Lindner: „Besser nicht regieren, als falsch regieren.“

In den Umfragen leicht gestiegen käme mit den Liberalen rein rechnerisch Jamaika (mit CDU und Grünen) oder die Ampel (mit Grünen und SPD) infrage. Für die Linkspartei ist die Koalitionsfrage, falls sie sich überhaupt stellt, relativ einfach zu beantworten. Nach Lage der Umfragen käme lediglich eine grünrotrote Koalition überhaupt in Reichweite. Teile der Linkspartei verweigern selbst dies. Der Eindruck, dass es sich manche Abgeordnete in der Oppositionsrolle gemütlich machen wollen, wird nur schwer zu widerlegen sein. Neben den möglichen Dreierkoalitionen, es wären die

ersten auf Bundesebene, kommen natürlich auch Zweierkonstellationen infrage. Zunächst die altbewährte Große Koalition aus CDU und SPD und schließlich die wahrscheinlichere neue Große Koalition aus CDU und Grünen. Letztere ist der offensichtliche Liebling der Medien, brächte sie doch ein spannendes Experiment zustande: die Zusammenarbeit von Konservativen und Alternativen in einer gemeinsamen Regierung.

### Die großen Themen

Wie widerstandsfähig sind unsere gesellschaftlichen und staatlichen Systeme gegen Bedrohungen? Diese Frage ist nicht neu. Durch den Klimawandel und vor allem durch den

sundheitspolitik, im Arbeitsleben und in Wissenschaft und Forschung, so erfordert der Klimawandel erhebliche Eingriffe in Wirtschaft, Technologie, in Industrie- und Energiepolitik, in Mobilität, Landwirtschaft und die Bereitstellung von Ressourcen. Und noch ein Wandel wird die Republik massiv verändern: Die digitale Revolution ist die größte infrastrukturelle und technologische Herausforderung seit langem. Sie ist aber auch die größte Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland seit langem. Und sie wird helfen, den Auswirkungen von Pandemie und Klimawandel zu begegnen. Corona, Klimawandel, digitaler Wandel - wer denkt da noch an die KMU?

Große Veränderungen stehen also ins Haus. Sie betreffen zunächst einmal die großen Play-



Ausbruch der Corona-Epidemie ist sie jedoch zur drängendsten Frage der deutschen Politik geworden. Beides, Klimawandel wie Pandemie, gefährden Gesundheit und Wohlergehen ganzer Generationen. Entsprechend groß sind Handlungsbedarf und Erwartungsdruck aus der Bevölkerung auf die Politik. Dass beide Themen keine Fiktion sind, verspüren die Menschen in Deutschland schon länger. Lockdown, Eingriffe in die bürgerlichen Freiheiten, Stillstand von Wirtschaft, Bildung, Kultur und Handel, das Gesundheitssystem an der Belastungsgrenze, fast 100.000 Tote innerhalb eines Jahres. Hitzesommer, Klimaflucht, Dürreperioden und katastrophale Regenfluten wie jüngst an Ahr und Erft, aber auch anderswo in der Republik. Beide Phänomene sind globaler Natur und können nur durch gemeinsame weltweite Bemühungen gelöst werden. Sind es bei der Pandemie vor allem Veränderungen in Ge-

er im Land, die Energiekonzerne, die Stahlindustrie, die Automobilwirtschaft oder das Gesundheitssystem. Noch sind die Folgen dieser Veränderung für die KMU nicht ausreichend untersucht. Natürlich profitieren insbesondere der Anlagenbau, die Baubranche und das deutsche Handwerk massiv von den sich stets verbessernden Vorschriften des klimagerechten Bauens. Aber es gibt auch die andere Seite. Wer sich die schmerzlichen Einbußen insbesondere für Einzelhandel und Gastronomie durch die Pandemie bedingten Lockdowns betrachtet, dem wird klar, dass insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen stabile Rahmenbedingungen nötiger denn je sind. Sie sind die ersten, die bei wirtschaftlichen bzw. konsumtiven Einbrüchen in existenzielle Schwierigkeiten geraten. Ebenso wichtig wie stabile Rahmenbedingungen sind die Chancen, die sich im Bereich von Innovation, Wissenschaft

und Forschung oder aber im digitalen Transformationsprozess aufzun.

### **Der Wahlcheck: Der ESD fragt die Parteien zur Bundestagswahl**

Es liegt nahe, dass der Wahlcheck des ESD insbesondere die wirtschaftlichen und politischen Stabilitätsfaktoren für die kleinen und mittleren Unternehmen, Handwerk und Selbständige abfragt. Neun Fragen und die Möglichkeit zu einem Schlussstatement wurden an die demokratischen Bundestagsparteien gesandt. Zunächst geht es um das drängende Problem der Altersvorsorge, speziell der Rentenversicherungspflicht für die KMUs. Seit Jahren in der Diskussion harrt die soziale Absicherung für Selbständige und KMU-Inhaber immer noch einer politischen Lösung. Immerwährendes Thema ist der Bürokratieabbau, eines der großen Hemmnisse im Alltag vieler kleiner Unternehmen. Ihre diesbezüglichen Vorstellungen sollen die Parteien zur Frage 2 formulieren. Um die möglichen Steuersenkungen für Gewerbetreibende, KMUs und Selbständige geht es in Frage 3. Ähnliches berührt die Frage 4, in der der ESD die Parteien zu möglichen Verbesserungen der Kapitalausstattung für die KMUs befragt. Mit welchen Entscheidungen wollen die Parteien im Falle einer Regierungsbeteiligung den digitalen Transformationsprozess für die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen, heißt es in Frage 5.



Um das Phänomen des Fachkräftemangels geht es in Frage 6. Die letzte Frage bezieht sich auf ein aktuelles Thema, das vielen unter den Nägeln brennt: Die Folgen und Auswirkungen der Corona-Krise für den kleinen Mittelstand, den Einzelhandel, die Gastronomie und die Selbständigen. Wie und mit welchen Maßnah-

men, so fragt der ESD die Politik, wollen Sie die Existenz- und Wettbewerbsfähigkeit der KMU fördern, um einen schwingvollen Neustart zu gewährleisten. Abschließend bittet der ESD zu einem Schlussstatement zum Stellenwert der KMUs und dann zur Frage aller Frage: Warum sollen KMUs und Selbständige am 26. September 2021 Ihre Partei wählen? Selbstverständlich wurden alle Frage gleichlautend an die verschiedenen Parteien übermittelt. Der ESD achtet wie stets auf politische Neutralität und die Chancengleichheit der politischen Bewerber.

### **Wird alles anders?**

Eines ist klar. Vieles wird sich nach der Bundestagswahl in Deutschland verändern. Die Merkeljahre, die geprägt waren von vielen Krisen, meist globaler Natur, gehen unweigerlich zu Ende. Und damit auch die Politik der ruhigen Hand, wie sie von der deutschen Kanzlerin über 16 lange Jahre gepflegt wurde. Neue, gewaltige Herausforderungen, neue Personen und möglicherweise neue politische Konstellationen werden die kommenden Jahre prägen. Die Zeichen stehen deutlich auf Veränderung. Ob allerdings eine Wechselstimmung beim Wahlvolk auszumachen ist, darüber streiten sich die Wahlforscher schon seit einiger Zeit. Kein Wunder, denn dass die kommenden Jahre zu erheblichen Veränderungen führen werden, ist politisches Allgemeinut. Mit wem diese Phase am besten gestaltet werden kann, wer mit welchen Konzepten und Rezepten den Schritt in die Zukunft wagen soll, das ist für viele Wählerinnen und Wähler noch offen.

Glaubt man den Prognosen, dann liegen viele zum Teil höchst unterschiedliche Machtkonstellationen im Bereich des Möglichen. Wäre es so erstaunlich eine Grüne im Kanzleramt zu sehen? Immerhin wird mit Baden-Württemberg eines der wirtschaftsstärksten Bundesländer von einem Grünen erfolgreich regiert. Oder wäre es ein Erdbeben, würde ein Kanzler Olaf Scholz mit einer Ampel aus SPD, Grünen und FDP nach 16 langen Jahren die CDU von der Macht entfernen? Oder käme es nach der Erkenntnis, dass Regieren besser ist als Nicht-regieren, zu einer Jamaika-Koalition mit ei-

nem Minister Christian Lindner von der FDP? Oder würde ein Kanzler Laschet seine einst in der Bonner Pizza Connection gewonnen Erfahrungen mit einer schwarzgrünen Koalition in Berlin krönen?



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

### Politische Stabilität - gut für die KMUs

Sicher ist, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht in die Hände von Populisten, Extremisten oder politischen Abenteurern fallen wird. Auch das ist für die KMU, die Selbständigen, Einzelhändler und Handwerker wichtig. Politische Berechenbarkeit, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit gehören zu den unabdingbaren Grundlagen einer guten Wirtschaftslage. Und von der profitieren alle. Nicht zuletzt auch die vielen engagierten Unternehmerpersönlichkeiten, die sich im Europaverband der Selbständigen ESD für eine gute Politik stark machen. Und das ist gut so.

### Über den Europaverband der Selbständigen-Deutschland(ESD)e.V.

Der ESD e.V. ist seit fast fünfzig Jahren die parteiunabhängige Interessenvertretung der Selbständigen, Angehörigen der freien Berufe, kleinen und mittleren Unternehmen, Gewerbe-, Branchen- und Wirtschaftsverbände sowie Innungen in der Bundesrepublik. Mehr als 99 Prozent aller in Deutschland gemeldeten Betriebe gehören zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs).

Diese Unternehmen stellen das Rückgrat der bundesdeutschen Wirtschaft dar. Sie beschäftigen rund 60 Prozent der Mitarbeiter und bilden fast 80 Prozent aller Lehrlinge in Deutschland aus. Dennoch finden diese Unternehmen vor allem in politischen Entscheidungsprozessen kaum Gehör – das zu verändern haben wir uns vorgenommen!

### überparteilich-unabhängig-kompetent

Viele dieser kleinen und mittelständischen Unternehmen haben sich im ESD, als Vereinigung von Selbständigen für Selbständige, zusammengeschlossen, um sich gemeinsam als branchenübergreifende Interessenvertretung der KMUs für eine mittelstandsfreundliche Politik in unserem Land zu engagieren.

Entsprechend ihrer Rolle als Leistungsträger der Wirtschaft wollen die im ESD organisierten KMUs Deutschland gemeinsam im konstruktiv-kritischen Dialog mit Vertretern der Politik und allen wirtschaftspolitisch aktiven Partnern vorbringen.

[www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)  
[www.facebook.com/esd.ev](https://www.facebook.com/esd.ev)

## DIE PARTEIEN AUF DEM PRÜFSTAND

Wer ist am ehesten auf der Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen?



### 1. Thema: Altersvorsorge

Wie stehen Sie zur Rentenversicherungspflicht für Soloselbstständige und die Inhaber kleiner und mittelständischer Unternehmen?



Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, wollen wir eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind. Selbstständige sollen zwischen der gesetzlichen

Rentenversicherung und anderen insolvenzschonen und zugriffsgeschützten Vorsorgearten wählen können. Wir werden Lösungen entwickeln, die auf bereits heute selbstständig Tätige Rücksicht nehmen und Selbstständige in der Existenzgründungsphase nicht überfordern.



Für alle Erwerbstätigen muss eine gute und verlässliche Rente nach vielen Jahren Arbeit sicher sein. Zentrale Grundlage dafür bleibt für uns die gesetzliche Rentenversicherung. Ehemals Selbstständige sind auch nach langjähriger Erwerbstätigkeit im Alter überproportional auf die Grundsicherung angewiesen. Deswegen wollen wir den sozialen Schutz von Selbstständigen, die bisher in keinem Alterssicherungssystem abgesichert sind, verbessern. Ziel ist, dass eine langjährige Erwerbstätigkeit zu einer Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen muss. Dazu bringen wir für Selbstständige eine gründerfreundlich ausgestaltete Altersvorsorge in der gesetzlichen Rentenversicherung auf den Weg. Wir werden diese mit

großzügigen Übergangsfristen ausgestalten. Personen, die anderweitig auf dem Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung abgesichert sind und kurz vor der Rente stehen, werden ausgenommen. Die Übergangszeiten werden doppelte Belastungen verhindern und Rechtssicherheit herstellen.



Wir Freie Demokraten wollen maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge. Auch die Form der Vorsorge soll frei wählbar sein. Der Zugang zur gesamten geförderten privaten Altersvorsorge muss dabei künftig für alle Erwerbstätigen offen sein. So verhindern wir auch, dass Personen mit Zickzack-Lebensläufen beim Wechsel in die Selbstständigkeit ihre Direktversicherung oder ihre Riester-Förderung verlieren. Für die Gründungsphase wollen wir Karenzfristen. Dabei halten wir eine Pflicht zur Altersvorsorge wie bei der Krankenversicherung für angemessen. Die Wahlfreiheit soll für alle Selbstständigen ohne obligatorisches Alterssicherungssystem sowie für Selbstständige gelten, die bisher in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind.



DIE LINKE will die Gesetzliche Rentenversicherung zu einer echten Erwerbstätigenversicherung umbauen, in der alle Berufstätigen mit ihrem jeweiligen Erwerbseinkommen versicherungspflichtig sind, also Abgeordnete ebenso wie Beamte und Selbstständige. In einem ersten Schritt wollen wir erreichen, dass Abgeordnete in die GRV aufgenommen werden. Schritt für Schritt werden Selbstständige, Beamte, Richterinnen aufgenommen. Dieses Reformvorhaben ist allerdings ein langwieriger Prozess, der nicht mit einem einzelnen Gesetz abgeschlossen werden kann. Die Erwerbstätigenversicherung muss vielmehr über einen längeren Zeitraum realisiert werden, in dem für die neu miteinzubeziehenden Gruppen Übergänge gesichert werden und erworbene Anwartschaften geschützt bleiben (Vertrauensschutz). Doppelte Belastungen und Rechtsunsicherheiten können so vermieden werden.



Wir GRÜNE befürworten eine Altersvorsorgepflicht für Selbstständige, um ihr Altersarmutsrisiko zu verringern und damit auch das Risiko für die Gesellschaft, Selbstständige im Alter mithilfe von Steuerzahlungen versorgen zu müssen. Deshalb werden wir nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Dabei sind bereits bestehende private Altersvorsorgeformen sowie Altersgrenzen zu berücksichtigen und flexible Beitragszahlungen sowie Karenzzeiten zu ermöglichen. Mit der Errichtung eines Bürger\*innenfonds (öffentlich verwaltetes Standardprodukt) wollen wir zudem eine gute, kostengünstige Alternative zu Rürup- oder Riester-Produkten schaffen und attraktivere Renditen in der Zusatzvorsorge erreichen.

## 2. Thema: Bürokratieabbau

**Welche Vorschläge haben Sie zum Abbau von bürokratischen Hürden und Verwaltungsaufwand zugunsten der kleinen und mittelständischen Unternehmen?**



CDU und CSU werden die Schwellenwerte für die Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen erhöhen, die Ist-Versteuerung ausweiten und die Informations- und Statistikpflichten begrenzen. Bei den Ausfuhrkontrollen wollen wir eine feste Bearbeitungsfrist von 30 Tagen einführen. Im Arbeits- und Sozialrecht wollen wir die Schwellenwerte, die sich an der

Betriebsgröße orientieren, so weit wie möglich vereinheitlichen und vereinfachen. Wir werden die steuerlichen Betriebsprüfungen beschleunigen und modernisieren, damit sie zeitnah, ef-fizient und unbürokratisch erfolgen. Und wir werden die steuer- und sozialabgabenfreien Sachzuwendungen für Arbeitnehmer ausweiten und vereinfachen.

Um vor allem Mittelstand und Familienunternehmen zu entlasten, sollen Erfolgskontrolle, Praktikabilität und Erfüllungsaufwände von Gesetzen durch einen Praxis-Check geprüft werden. Wir wollen Meldepflichten für die amtliche Statistik reduzieren und wir wollen EU-Vorgaben entbürokratisieren und diese grundsätzlich eins-zu-eins umsetzen.



Die Qualität von Staat und Verwaltung wird im 21. Jahrhundert zum entscheidenden Standortfaktor. Wir wollen die Bürokratie modernisieren und ertüchtigen, nicht abbauen. Ein zentraler Aspekt ist hierbei die Vollzugsebene. Das heißt konkret: bürger- und wirtschaftsfreundliche Erreichbarkeit (Öffnungszeiten, digitale Erreichbarkeit, Möglichkeit zur elektronischen Abwicklung von Verwaltungsvorgängen), Umfang, Verständlichkeit und Ausgestaltung von Formularen sowie die Bündelung der Verwaltungskontakte und keine Irrwege von „Pontius nach Pilatus“. Wir werden die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, damit alle Verwaltungsleistungen möglichst schnell auch digital verfügbar sind. Deutschland soll Europas Region mit den kürzesten Planungs- und Genehmigungszeiten werden.



Wir Freie Demokraten fordern einen Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft, in dem Maßnahmen zur Bürokratieentlastung gebündelt und vorangetrieben werden. Der stetig wachsende Bürokratiedschungel belastet die Bürgerinnen und Bürger sowie die deutschen Unternehmen und bremst die wirtschaftliche Entwicklung aus. Initiativen wie das Bürokratieentlastungsgesetz IV, die Strategie „Ein-

heitliche Ansprechpartner 2.0“ und eine Verlegung der Sozialversicherungsbeiträge in den Folgemonat müssen zu einer Gesamtstrategie gebündelt werden. Das gilt auch für schlankere Vergabe-, Register- und Informationsbestimmungen. Für jede neue Belastung durch geplante Regelungen sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden („One in, two out“) – auch auf europäischer Ebene.



Gesetze und Verordnungen müssen eingehalten, geprüft und bei Verstoß sanktioniert werden. DIE LINKE will dort Bürokratie abbauen, wo sie unsinnig ist und nur zeitliche wie finanzielle Belastungen mit sich bringt. Ob es unsinnige Belastungen gibt, ist gemeinsam mit den Betroffenen und deren Verbänden zu prüfen. Wir wollen gleichzeitig die digitale Verwaltung mit mehr Mitteln (10 Mrd. Euro p.a.) und Personal zügig durchsetzen, die Behörden (Bund, Land und Kommunen) vernetzen und Abläufe beschleunigen und effektiv organisieren. Nur so ist eine öffentliche Verwaltung zukunftsfähig, reduziert „Bürokratie“ im Alltag und beim überfälligen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft.



Wir GRÜNE wollen Abläufe und Regeln vereinfachen, und mehr Zeit für die eigentliche Arbeit schaffen. Digital und personell gut aufgestellte Verwaltungen ermöglichen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das sorgt für weniger Bürokratie. Nachweise und Unterlagen, über die Behörden bereits verfügen, sollen nicht erneut vorgelegt werden müssen. Berichtspflichten sollen vereinfacht werden. Dafür ist die konsequente Anwendung von KMU-Tests auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich. Wir wollen einfachere Steuer-Regeln: Anschaffungen bis 1.000 Euro sollen sofort abschreibbar sein und die Umsatzsteuer soll erst entrichtet werden müssen, wenn der Kunde bezahlt hat (für Unternehmen unter zwei Mio. Euro Jahresumsatz). Zur Entlastung von Kleinstunternehmen wird die Gewinngrenze für die Buchführungspflicht

angehoben. Junge Unternehmen befreien wir in den ersten 2 Jahren weitgehend von Melde- und Berichtspflichten und bieten Information, Beratung und Anmeldung aus einer Hand an.

### 3. Thema: Steuern

**Welche steuerpolitischen Maßnahmen wollen Sie zur Entlastung von KMUs, Selbständigen und Gewerbetreibenden ergreifen?**



Wir wollen die Lohnzusatzkosten auf einem stabilen Niveau von maximal 40 Prozent halten. Wir werden den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen. Wir treten entschieden allen Überlegungen zur Einführung neuer Substanzsteuern entgegen.

Unser Ziel ist eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung. Wir wollen die Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, perspektivisch auf 25 Prozent deckeln. Dabei wollen wir Rechtsformneutralität herstellen, ob für Einzelunternehmer, Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft. Wir wollen die Thesaurierungsbegünstigung und die Anrechnung der Gewerbesteuer verbessern. Wir verbessern die steuerliche Verlustverrechnung. Dazu erhöhen wir die Höchstbetragsgrenzen beim Verlustrücktrag und beim Verlustvortrag deutlich. Wir wollen die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wieder einführen und die Abschreibungsregeln für digitale Zukunftstechnologien verbessern.



Wir wollen den unternehmerischen Mittelstand umfassend fördern, indem wir unnötige Belastungen verhindern und durch kluge Rahmensetzungen die Bedingungen für gelingendes Unternehmertum schaffen. Im Handwerk werden wir Gebühren für Techniker\*innen- und Meister\*innenkurse abschaffen und uns für die Tarifbindung einsetzen. Wir werden zudem die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder- und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden einen niederschweligen Zugang zu Fördermitteln erhalten.



Wir Freie Demokraten wollen die Wirtschaft fördern und dafür auch im Steuerrecht gezielte Impulse setzen: Indem wir Bürgerinnen und Bürger entlasten und den Unternehmen Perspektiven eröffnen, die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglichen. Denn Deutschland nimmt bei der Steuerbelastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen inzwischen einen weltweiten Spitzenplatz unter den Industrienationen ein. Das schadet dem Standort Deutschland und verhindert notwendige Investitionen.

Wir wollen die steuerliche Belastung von Unternehmen auf den OECD-Durchschnitt (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) von rund 25 Prozent senken. Unser Ziel ist es, im Zuge der angestrebten Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa den deutschen Sonderweg der Gewerbesteuer zu beenden. Das heißt zugleich, dass die Finanzierung der Kommunen auf eine neue Grundlage gestellt werden muss – etwa durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer. Zudem wollen wir uns gemeinsam mit den USA für

eine globale Mindestbesteuerung für Unternehmen einsetzen. So sorgen wir für mehr Fairness im Wettbewerb zwischen großen internationalen Konzernen, die aggressive Steuerermeidung betreiben, und Mittelständlern.

Eine einmalige Vermögensabgabe lehnen wir ebenso ab wie die Wiederbelebung der Vermögensteuer. Beides ist für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft ein Hemmschuh bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie, weil den Unternehmen Liquidität unabhängig von deren Ertragslage entzogen wird. Die Erbschaftsteuer sollte im Hinblick auf ihre Administrierbarkeit und das sich in diesem Zusammenhang zu ihrer Erhebung ergebende Verhältnis von Kosten und Nutzen überprüft werden.

Darüber hinaus wollen wir den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen. Der Solidaritätszuschlag war und bleibt eine nicht auf Dauer angelegte Sondersteuer. Ende 2019 lief der Solidaritätspakt aus. Damit ist die Erhebung des Solidaritätszuschlags nicht mehr zu rechtfertigen.

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

DIE LINKE will bei der Einkommensbesteuerung niedrige und mittlere Einkommen entlasten, hohe Einkommen dagegen belasten. Als Faustregel gilt: Wer als Single weniger als 6.500 Euro Bruttoeinkommen im Monat hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern. Die Obergrenze für die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern wollen wir auf 1.000 Euro anheben, um die Abschaffung der bürokratisch aufwendigen Sammelabschreibung zu ermöglichen. DIE LINKE möchte die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln. Für natürliche Personen und Personengesellschaften fordern wir dabei einen angemessenen, deutlich erhöhten Freibetrag, der insbesondere Existenzgründerinnen und Existenzgründer, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Selbstständige und Kleinunternehmen entlasten soll.



Neben einer degressiven Abschreibung von mindestens 25% für Investitionen in die digitale und ökologische Modernisierung bis deutlich über das Jahr 2021 hinaus, wollen wir GRÜNE das Ansparen auf solche Investitionen für KMU durch eine temporäre Erweiterung des Investitionsabzugsbetrags (§7g EStG) fördern. Darüber hinaus wollen wir die Thesaurierungsvergünstigung für KMU attraktiver machen und Bürokratie abbauen. Die steuerliche Förderung von Forschung soll künftig gezielter an KMUs und Start-ups fließen, ihre Wirksamkeit wollen wir evaluieren und erhöhen. Außerdem wollen wir die Grenze für Sofortabschreibungen geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG) auf 1.000 Euro anheben. Zudem sprechen wir uns schon länger dafür aus, dass der Zeitraum für den Verlustrücktrag auf 4 Jahre erweitert wird. Damit werden Unternehmen zielgenau und unbürokratisch nach ihren besonderen Bedürfnissen entlastet.

#### 4. Thema: Finanzierung

**Wie wollen Sie den Kapitalzugang und die Kapitalausstattung kleiner und mittelständischer Unternehmen verbessern?**



**CDU/CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag

Wir unterstützen die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgelegten Förderinstrumente zur Gründungs- und Wachstumsfinanzierung für den Mittelstand ausdrücklich. Wir haben bereits den Meilenstein Zukunftsfonds I auf den Weg gebracht, der mindestens 30 Milliarden Euro mobilisieren

wird. Wir benötigen jetzt einen Rahmen, der größere europäische Investitionen ermöglicht. Daher wollen wir den Zukunftsfonds ausweiten. Dazu gehört auch der Ausbau von Wagniskapital- bzw. Beteiligungsfinanzierungen für technologische orientierte Jungunternehmen. Die steuerlichen und administrativen Hürden für die Niederlassung großer Venture Capital Fonds in Deutschland werden wir abbauen.

Um Investitionen in Technologie und Innovationen von kleinen- und mittelständischen Unternehmen in der Wachstumsphase zu fördern, wollen wir die Anwendung eines Modells für Vorzugskapital (preferred equity) prüfen. Wir streben einen eigenen Börsenplatz nach dem Vorbild der NASDAQ an. Schnell wachsende Technologieunternehmen sollen sich an einer deutschen oder europäischen Börse finanzieren können, damit sie für diesen Wachstumsschritt nicht mehr in die USA abwandern müssen.



Wir stehen an der Seite der vielen Unternehmen, die ihre soziale, gesellschaftliche und ökologische Verantwortung ernst nehmen. Diese wollen wir gezielt fördern und für eine nachhaltige Transformation auch Kapital bereitstellen. Eine wichtige Rolle nimmt dabei die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein, die Mittel am Kapitalmarkt aufnimmt und diese zusammen mit den Förderbanken der Länder in strategisch wichtige Zukunftsbranchen lenkt, die den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft unterstützt und auch Start-ups fördert. Wir werden sie zu einer modernen Innovations- und Investitionsagentur weiterentwickeln.



Wir Freie Demokraten wollen die Vermögenssteuer dauerhaft aufheben. Denn kaum etwas schädigt den Standort Deutschland so sehr wie eine Debatte um Enteignungen. Wir wollen zudem die Behandlung von thesaurierten Gewinnen verbessern und eine Neuregelung für die Begünstigung nicht entnommener Gewinne erreichen, die eigenkapitalfördernd wirkt. So senden wir ein klares Signal, dass Eigentum

und Investitionen in Deutschland vor dem Zugriff der Politik geschützt sind.

Darüber hinaus wollen wir bessere Bedingungen für Wagniskapital in Deutschland. Dazu fordern wir die Einrichtung eines Venture-Capital-Fonds in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Zudem wollen wir den Wegfall von Verlustvorträgen bei Anteilseignerwechseln vollständig beseitigen. Investoren müssen sich nach einem gewissen zeitlichen Engagement von ihrem Investment trennen können. Droht bei diesem Übergang der Verlust bestehender Verlustvorträge, stellt dies eine gravierende Benachteiligung gerade junger deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb dar.

Schließlich wollen wir die europäische Kapitalmarktunion konsequent vorantreiben. Dazu bedarf es neben einem integrierten Bankenmarkt auch eines besseren Zugangs zur Risikokapital- und Beteiligungsfinanzierung für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Start-ups. Eine tiefere Integration der europäischen Kapitalmärkte führt zu einem effizienteren Kapitaleinsatz und einer günstigeren Finanzierung der Unternehmen. Dadurch erhöht sich zugleich die private grenzübergreifende Risikoteilung. Die Wirtschaft und der Euro werden stabiler und krisenfester.



DIE LINKE sieht angesichts des seit Jahren anhaltenden Anlagenotstandes, der Niedrigzinspolitik und der geringen Inflation keine grundsätzliche Knappheit auf den Kapital- und Kreditmärkten. Wo es Finanzierungsdefizite gibt und Förderprogramme nachgesteuert werden müssten, sollte schnell und unbürokratisch gehandelt werden.



Neben den steuerlichen Erleichterungen, die den Kapitalerhalt im Unternehmen erleichtern, wollen wir GRÜNE mit einem staatlicher Wagniskapitalfonds helfen, unseren Gründer\*innen dauerhaft eine Heimat zu geben.

Dieser Zukunftsfonds soll verstreute Förderangebote bündeln und ein Vielfaches an privaten Geldern hebeln. Gleichzeitig sollte auch ein funktionierender Sekundärmarkt für Direktinvestitionen und Anteile an Wagniskapitalfonds aufgebaut werden, etwa durch eine Co-Investing-Plattform. So können auch Unternehmen in Wachstumsphasen leichter an Kapital in ausreichender Menge kommen. Mit einem Gründungskapital, das für Gründer\*innen und Nachfolger\*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro sicherstellt, wollen wir dafür sorgen, dass keine gute Idee und kein Neustart an zu wenig Eigenkapital scheitert. Frauen sind bei Gründungen und Nachfolgen noch unterrepräsentiert. Sie wollen wir mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Frauen gezielt fördern.

### 5. Thema: Digitalisierung

**Wie wollen Sie die kleinen und mittelständischen Unternehmen im digitalen Transformationsprozess unterstützen und begleiten?**



**CDU CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag

Digitalisierung darf nicht als Ziel, sondern muss als Instrument verstanden werden, den Wohlstand in Deutschland und Europa zu bewahren und zu steigern. Gerade die kleinen und mittelgroßen Unternehmen brauchen Unterstützung beim Aufbau und der Vertiefung digitaler Kompetenzen sowie bei der technischen und finanziellen Umsetzung der für sie pass-fähigen Digitalisierungsstrategien. Notwendig ist daher eine Verstetigung erfolgrei-

cher Unterstützungsangebote – insb. für die Finanzierung betrieblicher Digitalisierungsstrategien. Kompetenzen müssen weiterhin bei der Ausbildung einen Schwerpunkt bilden und bei Aus- und Fortbildungsverordnungen berücksichtigt werden. Wir treten dabei für eine Gesetzgebung ein, die nutzerzentriert ist, kleinen und mittleren Unternehmen faire Bedingungen im digitalen Wettbewerb garantiert und Raum für Innovationen schafft.

**SPD** Fraktion im Bundestag

Wir wollen kleine und mittleren Betriebe umfassend darin stärken, digitale Kompetenzen so auszubauen, dass ihre Geschäftsmodelle davon profitieren und sie insgesamt in der Transformation stärken. Wir werden hierfür die Ausgaben für Forschung und Entwicklung weiter erhöhen und in den nächsten Jahren mindestens 3,5 Prozent des BIP hierfür einsetzen. Wir werden dazu die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder- und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden einen niederschweligen Zugang zu Fördermitteln erhalten. Am Ende der laufenden Legislaturperiode haben wir zum Beispiel das Investitionszuschussprogramm „Digital jetzt“ für den deutschen Mittelstand nochmals um fast 250 Mio. Euro bis zum Jahr 2024 aufgestockt.

Fraktion der  
**Freien Demokraten**  
FDP

Deutschland bei der Digitalisierung aufholen. Deshalb brauchen wir ein Steuerrecht, das innovative Unternehmen unterstützt. Daher wollen wir Forschung und Entwicklung steuerlich stärker fördern. Deutschland kann nur dann dauerhaft Wohlstand und soziale Sicherheit gewährleisten, wenn die Unternehmen innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln. Das Steuerrecht muss dazu einen Beitrag leisten, indem es die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Wagniskapital verbessert. Dadurch schaffen wir bessere Bedingungen für Start-ups und geben Innovationen eine Chan-

ce. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, dass der stete Wandel der Wirtschaft neue Ideen und Wege erfordert.

Darüber hinaus wollen wir Gigabit-Gutscheine für Privathaushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen. Mit den Gutscheinen wird ein Teil der Kosten erstattet, die bei der Umstellung auf Gigabit entstehen. So wollen wir den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen nachfrageorientiert und kosteneffizient beschleunigen. Damit schaffen wir einen wirksamen Anreiz für Investitionen in den Gigabit-Netzausbau.



DIE LINKE hat stets auf die eklatanten Fehler beim Aufbau der digitalen Infrastruktur hingewiesen. Es war und ist Unsinn, die Bereitstellung einer öffentlichen Infrastruktur privaten Anbietern zu überlassen und auf die eklatanten Probleme ständig mit neuen öffentlichen Förderprogrammen zu Lasten Dritter zu reagieren. Wir wollen deshalb eine öffentliche Investitionsoffensive von 10 Mrd Euro pro Jahr, um ein einheitliches, kostengünstiges Netz (Breitband und Funk) mit flächendeckender Abdeckung zu bekommen. Der Netzausbau und -betrieb gehört in die öffentliche Hand. Dann können digitale Dienstleistungen von privaten Unternehmen kostengünstiger angeboten werden.



Durch Investitionszuschüsse, bessere Beratungsangebote sowie attraktive Abschreibungsbedingungen, die Investitionen in Digitalisierung zusätzlich fördern, wollen wir GRÜNE Selbstständige und Mittelstand auch weiterhin unterstützen. Passgenaue Beratungen sollen gefördert werden, auch über längere Zeiträume. Dafür wollen wir KMU durch ein dezentrales und unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk insbesondere bei höherer IT-Sicherheit unterstützen. Die Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren sollen finanziell und personell ausgebaut werden, damit sie bundesweit den Unternehmen mit kompetenter Beratung besser zur

Seite stehen können. Das KI-Trainer\*innen-Programm wollen wir an die tatsächlichen Bedürfnisse der KMU anpassen. Wir wollen die Investitionsförderung für KMUs entlang des Programmes „Digital Jetzt“ beschleunigen, vereinfachen und aufstocken und einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet einführen, Grundlage sollte die Bandbreite sein, die heute schon überwiegend genutzt wird.

## 6. Thema: Fachkräfte

**Wie wollen Sie die Fachkräftebasis für die kleinen und mittelständischen Unternehmen langfristig sichern?**



Damit wir auch in Zukunft die Fachkräfte haben, die unser Land braucht, setzen wir unter anderem auf gute berufliche Ausbildung, die zunehmende Beschäftigung von Frauen, Älteren und Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen sowie den gesteuerten Zuzug gut ausgebildeter und leistungsbereiter Menschen aus den Mitgliedstaaten der EU und aus außereuropäischen Staaten. Deutschland ist noch zu wenig Zielland für die klugen Köpfe der Welt. Weiterbildung ist darüber hinaus ein entscheidender Schlüssel, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern. Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung.



Wir wollen in die berufliche Bildung und ihre Attraktivität investieren, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. So setzen wir

uns für eine Ausbildungsgarantie ein, die alle jungen Menschen in eine Ausbildung vermittelt, auch wenn sie nicht direkt und auf eigene Kraft den Weg in eine betriebliche Ausbildung finden. Gleichzeitig wollen wir den Lernort Berufsschule von Bundesseite stärken, damit dieser modernisiert wird und mit vielen guten Lehrkräften die Fachkräfte der Zukunft ausbilden kann. Zudem wollen wir mit finanziellen Hilfen die Mobilität der Azubis erhöhen. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir unseren Arbeitsmarkt zudem erstmals in vollem Umfang auch für Fachkräfte mit qualifizierter Berufsausbildung geöffnet. Bisher konnten Fachkräfte nur einwandern, wenn sie einen Hochschulabschluss hatten oder wenn ihr Ausbildungsberuf auf der sogenannten Engpassliste stand. Auch wirken wir dem Fachkräftemangel durch umfassende Förderung von Weiterbildung entgegen, z.B. mit dem Qualifizierungschancengesetz.

Fraktion der  
Freien Demokraten  
FDP

Wir Freie Demokraten wollen unser erfolgreiches berufliches Bildungssystem stärken und fit für die Zukunft machen. Dafür wollen wir eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung auf den Weg bringen. Analog zur Exzellenzinitiative für Hochschulen soll diese einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Ideen zur Zukunft der beruflichen Bildung anregen. Ein Zentrum für digitale Berufsbildung soll berufsbildende Schulen und ausbildende Betriebe in der Konzeption und Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote unterstützen. Schulen der beruflichen Bildung wollen wir um kreative MakerSpaces und offene Werkstätten (FabLabs) erweitern. Auch wollen wir der beruflichen Bildung den gleichwertigen Zugang zu den Begabtenförderungswerken und zum Deutschlandstipendium ermöglichen.

Darüber hinaus wollen wir die Einwanderung in den Arbeitsmarkt verständlich und einfach steuern. Dazu fordern wir ein modernes Zwei-Säulen-System. Dieses besteht aus einer überarbeiteten „Blue Card“ als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot, die auch für nicht-akademische Fach-

kräfte geöffnet werden muss, und der Einführung einer Chancenkarte für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, um für Fachkräfte die Möglichkeit zu schaffen, auch ohne Arbeitsplatzangebot zur Arbeitssuche nach Deutschland zu kommen. Die Steuerung soll hier über Kriterien wie Bildungsgrad, Deutsch- oder auch gute Englischkenntnisse, Alter, Berufserfahrung und den aktuellen Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt erfolgen. Mittelfristig soll die Chancenkarte in einem europäischen Talentpool aufgehen, um Europas Attraktivität für qualifizierte Fachkräfte und Studierende zu erhöhen und zu vereinheitlichen. Für beide Säulen muss es für alle Berufe eine einzige gemeinsame bundesweit zuständige Anerkennungsstelle geben, die die Prüfung strukturiert und professionell vornimmt. Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ in eine der beiden Säulen der Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben. Denn wer einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder sich in einer Qualifikationsphase (zum Beispiel Ausbildung oder Studium) befindet, sollte nicht ausgewiesen werden.

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

Fast zwei Millionen junge Menschen haben keine Berufsausbildung. Wir wollen, dass alle, die eine Ausbildung begonnen haben, diese auch beenden können. Dafür sollte der Bund Mittel bereitstellen. Laut GEW müssen an den berufsbildenden Schulen bis 2030 rund 160.000 Lehrkräfte eingestellt werden, um den Bedarf zu decken. DIE LINKE fordert eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), um die Ausbildungsqualität deutlich zu verbessern. Darüber hinaus setzen wir uns für lebenslanges Lernen ein. Auch dafür sind die Mittel und das Personal aufzustocken.

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN  
FÖRDERUNG DER UMWELT

Fachkräftemangel ist ein wachsendes Problem – gerade für KMU. Grundsätzlich müssen alle Potentiale genutzt werden. Das heißt vor allem gute Aus- und Weiterbildungsangebote für alle. Wir GRÜNE wollen sichergehen, dass niemand ohne Ausbildungsangebot bleibt. Auch

im Erwerbsverlauf müssen wir erreichen, dass keine sinnvolle Weiterbildung an Geld, Zeit oder Wissen scheitert, damit jede Person bestmöglich tätig sein kann. Arbeitslose brauchen bessere Qualifizierung und Vermittlung. Attraktive Arbeitsbedingungen, familienfreundliche Regelungen über Arbeitszeit und Ort in den Betrieben können zudem dafür sorgen, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit ausweiten. Viele Eltern arbeiten gern mehr, wenn geeignete Betreuungsinfrastruktur vorhanden ist. Das wollen wir sicherstellen. Mit einem Einwanderungsgesetz sorgen wir zudem dafür, dass Zuwanderung und erfolgreiche Integration von Fachkräften aus der EU und Drittstaaten unbürokratisch möglich wird.

**7. Thema: Neustart**

**Die Corona-Pandemie hat die kleinen und mittelständischen Unternehmen hart getroffen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Existenz- und Wettbewerbsfähigkeit der KMU fördern, um einen schwungvollen Neustart zu gewährleisten?**



CDU/CSU hat Thema 7 & 8 zusammen beantwortet. S. Thema 8.



Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit von KMUs und der deutschen Wirtschaft insgesamt durch drei Bausteine nachhaltig stärken. Erstens: Investitionen der öffentlichen Hand. Wir werden das von Olaf Scholz durchgesetzte, hohe Investitionsniveau des Bundes mit mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr weiter fortsetzen und zudem dazu beitragen, dass

sich alle staatlichen Ebenen mit großer Investitionskraft beteiligen. Zweitens: Wir werden die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder- und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden einen niederschweligen Zugang zu Fördermitteln erhalten. Drittens: Indem wir die EEG-Umlage bis 2025 abschaffen, reduzieren wir merklich die Stromkosten für Unternehmen und halten diese wettbewerbsfähig.



Bereits vor der Coronakrise hat Deutschlands Wirtschaft an Fahrt verloren. Nun müssen wir trotz Krise schnell wieder auf Wachstumskurs kommen. Für einen zukunftsfähigen Standort und Arbeitsplätze brauchen wir echte Modernisierungsimpulse. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf die Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft und auf eine Agenda für mehr Wachstum: entlasten, entfesseln, investieren. Umso entschlossener müssen wir jetzt das Fundament für einen Aufholwettbewerb legen: Werden wir Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit statt bei Steuern und Abgaben. Investieren wir massiv in die Grundlagen von Aufstieg und Wachstum: unser Bildungssystem. Lassen wir unsere Infrastrukturen nicht länger verkommen, sondern bauen sie aus. Stärken wir die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft und des Freihandels. Bringen wir das Verhältnis von Privat und Staat wieder in eine die Leistungsbereitschaft fördernde Balance. Geben wir Mittelstand, Selbstständigen und Start-ups mehr Raum für Erfolg und kreative Lösungen! Ermutigen statt erschweren: Das ist unsere Mission.



Aktuell braucht Deutschland eine mittel- und langfristige Strategie zum Umgang mit der Pandemie (gezielte Direkthilfen und Zuschüsse wo nötig) in Kombination mit einer öffentlichen Investitionsoffensive für den sozial-ökologischen Umbau (120 Mrd. Euro p.a.), damit

unsere Produktions- und Dienstleistungssektoren, Infrastruktur und öffentlichen Institutionen „fit“ und krisensicher für die Zukunft werden. Für Unternehmen in den Umbausektoren, z.B. der Automobilzulieferbranche, legen wir einen Rettungsschirm von 20 Mrd. Euro/ Jahr auf, um Beschäftigung und Tarifverträge zu sichern.



Mit einer Investitionsoffensive - öffentlich wie privat - wollen wir GRÜNE die Konjunktur anschieben, in Klimaschutz, Digitalisierung und moderne Infrastrukturen investieren und die Investitionskraft der Unternehmen stärken. Bei vielen kleinen und mittleren Unternehmen und Selbständigen sind nach Monaten der Krise die Reserven völlig aufgebraucht. Wir wollen es den Unternehmen ermöglichen, ihre Corona-Verluste mit den Gewinnen der letzten 4 Jahre (derzeit ist dieser Verlustrücktrag auf 1 Jahr begrenzt) zu verrechnen. Diese Unternehmen erhalten dann die in den Vorjahren gezahlten Steuern erstattet. Das hilft beim Neustart vor allem KMU, die z.B. wegen Schließungen sehr hohe Verluste hatten. Wir wollen einfachere und attraktivere Regeln für Abschreibungen und Umsatzsteuer. Ein einfaches Restrukturierungsverfahren für KMU vor der Insolvenz ermöglicht z.B. langfristige Mietverträge neu auszuhandeln. Beim Neustart soll auch unser Gründungskapital von 25.000 Euro unterstützen.

### 8. Thema: Schlusstatement

**Welchen Stellenwert genießen die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Ihrer Partei? Warum sollen KMUs und Selbstständige am 26. September Ihre Partei wählen?**



**DEUTSCHLAND WÄHLT**  
**26. September 2021**



Ganz gleich, ob Selbstständige, kleine oder mittlere Unternehmen: In unserem Modernisierungsjahrzehnt müssen wir es schaffen, dass sie sich mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und neue Ideen umsetzen können. Ein modernes Deutschland ist auch eines, das Erfinderreichtum und Unternehmertum mehr Freiräume lässt. CDU und CSU sind die Parteien der Sozialen Marktwirtschaft und werden auch in Zukunft Wirtschaftskompetenz mit praktizierter Solidarität und effizientem Schutz der Umwelt und des Klimas verbinden. Wir werden vor allem ein umfangreiches Entfesselungspaket auf den Weg bringen, das kleine und mittlere Unternehmen von Steuern und Bürokratie entlastet sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt. Das bringt unser Land voran.



Für die SPD bilden kleine und mittelständische Unternehmen, Selbstständige und junge Gründerinnen und Gründer das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und tragen entscheidend zum Wohlstand unseres Landes bei. In den nächsten Jahren wird es auf sie besonders ankommen. Wir wollen deshalb diese Unternehmerinnen und Unternehmer umfassend fördern, indem wir unnötige Belastungen verhindern und durch kluge Rahmensetzungen gute Bedingungen für gelingendes Unternehmertum schaffen. Deshalb wollen wir auf allen

staatlichen Ebene massiv investieren, die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder- und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen und so dafür sorgen, dass der Staat als Partner den sozial-ökologischen Wandel klug begleitet.

Fraktion der  
Freien Demokraten  
FDP

Der Stellenwert kleiner und mittelständischer Unternehmen für die Freien Demokraten kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir wollen sie aus Überzeugung stärken, denn sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir wollen Perspektiven insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen von der Industrie über das Handwerk bis zum Handel schaffen. Voraussetzungen hierfür sind eine flächendeckend zukunftstaugliche digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und ein starkes duales Bildungssystem. Abwanderung, Überalterung und Fachkräftemangel setzen dem Mittelstand besonders hart zu. Deshalb brauchen wir moderne Ansätze insbesondere auch in den ländlichen Regionen. Damit die Unternehmen nicht durch Erbgänge oder eine Substanzbesteuerung gefährdet werden, lehnen wir eine Verschärfung der Erbschaftsteuer oder die Wiedereinführung der Vermögensteuer ab. Für Selbstständige fordern wir Fairness. Selbstständige sind keine Erwerbstätigen zweiter Klasse. Mit unterschiedlichen Reformansätzen wollen wir die Selbstständigkeit erleichtern, sie als Selbstbestimmung ernst nehmen und für mehr öffentliche Wertschätzung von Selbstständigen sorgen.

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

Von unserem Investitionsprogramm profitieren vor allem regionale Unternehmen und Handwerk. Für arbeitsintensives Handwerk wollen wir ermäßigte Umsatzsteuersätze. Die gesamte Wirtschaftsförderung will DIE LINKE wesentlich stärker am Bedarf der KMU orientieren.



Klimaneutralität und Digitalisierung sind die großen Herausforderungen für unternehmerische Ideen und gute Arbeitsplätze in Deutschland. Besonders Selbständige und den Mittelstand wollen wir GRÜNE unterstützen, damit sie diese Herausforderungen bewältigen. Unsere Mittelstandspolitik setzt auf weniger bürokratische Lasten, eine innovationsfreundliche Steuerpolitik und eine breitenwirksame Forschungslandschaft. Mit klaren Leitplanken schaffen wir Planungssicherheit und öffnen Räume für neue Geschäftsideen und Innovation. Mit einer Offensive für private und öffentliche Investitionen unterstützen wir die Transformation in den Unternehmen und stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Wir fördern eine Kultur der Selbständigkeit z.B. mit einem Gründungskapital von bis zu 25.000 Euro und unterstützen mit mehr Wagniskapital den Ideenreichtum von Start-Ups. Wir unterstützen KMU bei der Digitalisierung und bei der Gewinnung von Fachkräften und sorgen für faire Wettbewerbsregeln.

**Wir bedanken uns herzlich bei allen Parteien für die Beantwortung unserer Fragen.**



---

**Herausgeber**

Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.  
Willhelmstr. 77  
10117 Berlin  
Tel.: +49 [0] 30 204 598 54 | Fax: +49 [0] 30 204 55 320  
E-Mail: [info@esd-ev.de](mailto:info@esd-ev.de) | Web: [www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)

**ViSdP:** Kuni Ludwig Both, Präsident

**Redaktion/Koordination:** Sascha Langguth, Timo Lehberger

---